

E1 Die Dritte Phase der Entspannungspolitik: Gemeinsame Sicherheit und Nachhaltigkeit

Antragsteller*in: SPD-Ortsverein Henneberg-Rhön-Grabfeld
Tagesordnungspunkt: 7. Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Die SPD Thüringen setzt sich gegenüber der SPD als Bundespartei und gegenüber
3 der Bundesregierung für die im folgenden Antrag beschriebene Außen- und
4 Sicherheitspolitik ein.

I.EINJAHRZEHT DER EXTREME

6 „In diesem Jahrhundert steht die Selbstbehauptung der europäischen Zivilisation
7 auf dem Spiel.“

8 Helmut Schmidt

Zeit der Zuspitzungen

10 1. Die Umbrüche und Krisen unserer Zeit lassen befürchten, dass wir in das
11 gefährlichste Jahrzehnt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eingetreten
12 sind. Wir müssen alles tun, dass es nicht ähnlich dramatisch endet. Denn
13 die Summe und Parallelität der Herausforderungen sind dramatisch. Schon
14 heute lässt sich sagen: Wir erleben ein Jahrzehnt der Extreme, das mit der
15 weltweiten Pandemie begann, in dem unter dem Atomschirm Russlands der
16 Ukraine-Krieg die Welt in einen großen Krieg zu stürzen droht, in dem die
17 Klimakrise mit großer Wucht verschärft und in dem sich Hunger, Armut und
18 Migration immer weiter ausbreiten. Vor diesem Hintergrund droht auch ein
19 Weltordnungskrieg zwischen Nord und Süd, zwischen Arm und Reich, zwischen
20 den westlichen Industriestaaten und den aufstrebenden Schwellenländern.
21 Weltweit nehmen die Rüstungsausgaben zu, wobei davon rund 75 Prozent auf
22 nur zehn Länder entfallen. Deutschland liegt auf Platz 7. Demgegenüber
23 scheint das Verständnis verloren gegangen zu sein, dass die existenziellen
24 Bedrohungen unserer Zeit nur die Menschheit zusammen lösen kann. Weltweit
25 nehmen nationalistische Bewegungen mit einer hegemonialen Ideologie zu,

26 die sich den globalen und ökologischen Herausforderungen verweigern. Umso
27 wichtiger ist eine starke sozialdemokratische Bewegung für Frieden und
28 Entspannung, für Rüstungskontrolle und Abrüstung, für die soziale und
29 ökologische Gestaltung der Transformation von Wirtschaft und
30 Gesellschaft.

- 31 2. Mit der Globalisierung der Gefahren und Herausforderungen ist die
32 Menschheit in ein Zeitalter eingetreten, das ein neues Denken für
33 gemeinsame Sicherheit und globale Zusammenarbeit erfordert. Wer Frieden
34 will, der muss gemeinsam Frieden schaffen. Wer ein gutes Leben will, muss
35 überall für soziale und ökologische Reformen eintreten. Aber auch aus der
36 Verunsicherung über die Tragweite der vor uns liegenden Veränderungen,
37 ist das praktische Verhalten geprägt von Ignoranz, Angst und
38 Verunsicherung. Nationalismus und Reformfeindlichkeit nehmen zu. Die
39 Sozialdemokratie muss hingegen in dieser Zeit tiefgreifender Umbrüche
40 soziale und demokratische Errungenschaften bewahren und Sicherheit,
41 Nachhaltigkeit und neuen Fortschritt gemeinsam und solidarisch
42 verwirklichen.

43 ***Verantwortung für Sicherheit, Frieden und Nachhaltigkeit***

- 44 3. Der Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein tiefer Einschnitt. Er verletzt
45 das Völkerrecht und missachtet die territoriale Unabhängigkeit eines
46 souveränen Landes, das ein Recht auf Selbstverteidigung hat. Das war auch
47 im Irak-Krieg von 2003 so, als erfundene Beweise den „Krieg der Willigen“
48 begründeten, dem sich damals Bundeskanzler Gerhard Schröder zu Recht
49 verweigert hat. Das Wichtigste im Krieg ist, Frieden zu schaffen, zumal der
50 Krieg in der Ukraine zu einem blutigen Stellungskrieg geworden ist. Die
51 Schlacht um Bachmut ist das Verdun unserer Zeit. Der Krieg bringt jeden
52 Tag mehr Elend, Zerstörung und Tod. Und jeden Tag wächst die Gefahr einer
53 weiteren Eskalation und Ausweitung. Unsere Zeit verlangt uns, vor allem
54 der Sozialdemokratie, viel ab. Sie darf sich nicht von ihrer Geschichte
55 als Friedens- und Reformpartei lossagen, sondern muss sich gerade in
56 diesem Geist neu bewähren. Die historische Erfahrung zwingt uns,
57 Verantwortung für eine Politik des Friedens zu übernehmen. Wir leben in
58 einer Zeit, in der es auf eine starke Sozialdemokratie ankommt, deren
59 geschichtlicher Kompass Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden ist – nach
60 innen wie nach außen.
- 61 4. Wir können es uns nicht leisten, Frieden ausschließlich als Nicht-Krieg zu
62 definieren. Angesichts neuer globaler Gefahren wie der Klimakrise mit
63 ihren gefürchteten Kipppunkten, die den Prozess der Erderwärmung
64 beschleunigen und auf lange Zeit unumkehrbar machen, dem Kampf um knappe
65 Ressourcen, der massive Verteilungskonflikte verursachen kann, oder der
66 wachsenden Armut und dem Hunger, die viele Menschen zur Flucht bewegen,
67

68 ist jeder Frieden gefährdet, der nicht schnell zu einer sozial und
69 ökologisch gerechten Weltordnung führt. Im Hamburger Grundsatzprogramm der
70 SPD heißt es dazu: „Dieses Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert des
71 sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Fortschritts, der allen
72 Menschen mehr Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Demokratie eröffnet. Oder es
73 wird ein Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe und entfesselter
Gewalt.“

74 5. An dieser Wegscheide muss es zu einer neuen Friedens- und
75 Entspannungspolitik kommen, zu mehr gemeinsamer Sicherheit und
76 gemeinsamer Verantwortung. Dazu bekennen wir uns. Wir brauchen ein
77 friedliches und faires Zusammenleben der Menschheit. Deshalb ist
78 „Zusammenarbeit“ das Schlüsselwort unseres Jahrhunderts. Krieg darf kein
79 Mittel der Politik sein.

80 **II. SOZIALDEMOKRATISCHE FRIEDENS- UND ENTSPANNUNGSPOLITIK**

81 „Es haben viele Nationen miteinander gekämpft, aber geflossen ist nur einerlei
82 Blut: das Blut der Bürger Europas“

83 Carl von Ossietzky

84 ***Am Anfang: Die Kuba-Krise***

85 6. Die Anfänge der Entspannungspolitik gehen zurück auf den Oktober 1962.
86 Damals stand die Welt am Rande eines Atomkrieges, als die damalige UdSSR
87 auf Kuba Mittelstreckenraketen und Atomsprengeköpfe zu stationieren begann.
88 Während die amerikanischen Militärs zu einer sofortigen Invasion und zu
89 Luftangriffen auf die karibische Insel drängten, suchte US-Präsident John
90 F. Kennedy den Kontakt mit dem Generalsekretär der KPdSU Nikita
91 Chruschtschow. Im Ergebnis zogen beide Seiten ihre Mittelstreckenraketen
92 aus dem gegnerischen Einzugsbereich zurück, die UdSSR aus Kuba, die USA
93 aus Italien und der Türkei, die dort seit 1959 stationiert waren. Die Kuba-
94 Krise führte zu ersten Verhandlungen über Rüstungskontrolle und
95 Rüstungsbegrenzung, auch zur Einrichtung des „roten Telefons“ für eine
96 schnelle Verständigung zwischen Moskau und Washington. Seitdem hat in den
97 USA nur der Präsident die Befehlsgewalt über den Einsatz von Atombomben.
98 Aus der Kuba-Krise und auch aus den Erfahrungen um die „Frontstadt“ Berlin
99 lernten Moskau und Washington, Konflikte zwischen den beiden militärischen
100 Supermächten zu beherrschen. Die wichtigste Einsicht hieß, dass die
101 Entspannungspolitik ein wichtiges Mittel gegen die Spirale aus Aufrüstung
102 und Konfrontation ist. Sie begründet auch heute unser Verständnis von
103 Vernunft.

104 ***Friedenspolitik als Realpolitik***

105 7. Den Anstoß für die Ausrichtung der Sicherheitspolitik auf Entspannung gab
106 1963 John F. Kennedy mit seinen Schlussfolgerungen aus der Kuba-Krise. Er
107 begründete seine „Strategy for Peace“ in einer Rede in New York: „Beide
108 Seiten, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten sowie die Sowjetunion
109 und ihre Verbündeten, haben ein gemeinsames Interesse an einem gerechten
110 und wirklichen Frieden und an einer Einstellung des Wettrüstens.
111 Abkommen, die zu diesem Ziel führen, sind im Interesse der Sowjetunion wie
112 auch in unserem Interesse.“

113 8. In dieser Einsicht entwickelte die SPD die europäische Friedens- und
114 Entspannungspolitik, deren Grundlagen, Prinzipien und Ziele Willy Brandt
115 und Egon Bahr erstmals vor 60 Jahren in der Politischen Akademie in
116 Tutzing vorstellten. Sie waren überzeugt davon, dass es falsch wäre, das
117 politische System Osteuropas von außen zu stürzen. Ihnen ging es um einen
118 Prozess der Vertrauensbildung und der friedlichen Koexistenz, um zu
119 menschlichen Erleichterungen und neuen Annäherungen zu kommen. Die
120 Grundidee hieß „Wandel durch Annäherung“. Friedliche Koexistenz darf
121 weder Furcht noch Vertrauensseligkeit kennen. Unter der Drohung einer
122 Selbstvernichtung im Atomzeitalter ganzer Staaten, wenn nicht sogar der
123 Menschheit insgesamt ist die aktive Politik der Koexistenz zwischen den
124 beiden Blöcken zu einer Frage menschlicher Existenz überhaupt geworden.
125 Krieg ist nicht die Ultima Ratio, sondern – wie Willy Brandt anlässlich
126 der Verleihung des Friedensnobelpreises 1971 feststellte – die Ultima
127 Irratio: nicht das letzte Mittel der Vernunft, sondern ein Mittel
128 äußerster Unvernunft. Nur Friedenspolitik, so die Schlussfolgerung, kann
129 die wahre Realpolitik sein.

130 ***Die bipolare Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg***

131 9. Nach dem Zweiten Weltkrieg war eine bipolare Ordnung entstanden, in der
132 beide Seiten wechselseitig zugestandene Einflusssphären hatten, wodurch
133 aus dem Kalten Krieg kein heißer wurde. 1949 wurde die NATO mit dem Ziel
134 gegründet, die Elbe zur Ostgrenze des sowjetischen Machtbereichs zu
135 machen. In der Folge bildete sich 1955 die Warschauer
136 Vertragsstaatenorganisation für ein Militärbündnis unter der Führung der
137 UdSSR. Militärische Interventionen der USA in Lateinamerika oder der
138 Vietnam-Krieg stießen auf Kritik und Ablehnung in Moskau, führten jedoch
139 nicht zu einer unmittelbaren kriegerischen Reaktion. Umgekehrt verurteilte
140 Washington die militärische Niederschlagung von Aufständen in der DDR, in
141 Ungarn, in der Tschechoslowakei oder in Polen, verzichtete aber auf
142 militärische Gegenmaßnahmen. Diese Zurückhaltung verlangten sich beide
143 Blöcke gegenseitig ab, um einen Einsatz von Atomwaffen zu verhindern.

144 10. Unter den Bedingungen der geteilten Welt standen sich in Deutschland zwei
145 Teilstaaten unmittelbar gegenüber. Sie gehörten unterschiedlichen Blöcken,
146 Systemen und Ideologien an. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung in der DDR
147 über ihre Lebensverhältnisse und die unterdrückte Demokratie führten zu
148 einer wachsenden Abwanderungswelle. Die SED-Führung stoppte sie am 13.
149 August 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer. Der Konflikt zwischen Ost und
150 West verschärfte sich immer wieder in Berlin. Umso wichtiger wurde die
151 sozialdemokratische Entspannungspolitik, die zugleich über Deutschland
152 hinausging.

153 ***Erste Phase der sozialdemokratischen Entspannungspolitik***

154 11. Unter diesen Bedingungen hatte die Entspannungspolitik der SPD das Ziel,
155 zu einer Entschärfung der Konflikte vor allem in Deutschland und Europa zu
156 kommen sowie den Spielraum für Vertrauensbildung und menschliche
157 Erleichterungen zu erweitern. Es begann mit Bemühungen und Verträgen auf
158 staatlicher Ebene. Der erste Schritt war das Berliner
159 „Passierscheinabkommen“ von 1963. Kleine Schritte waren besser als keine.
160 Die Ost- und Entspannungspolitik war ein mühsamer, aber richtiger Prozess.
161 Diese Politik war die erste Stufe der Entspannungspolitik, die mit
162 Zustimmung der westlichen Verbündeten möglich wurde und die Westbindung
163 der Bundesrepublik nicht in Frage stellte.

164 12. Die Entspannungspolitik verbesserte die Beziehungen zwischen der
165 Bundesrepublik und der DDR. Mit dem Konzept von Wandel durch Annäherung
166 sollte auch die Idee der deutsch-deutschen Gemeinsamkeit am Leben erhalten
167 werden. Im Mittelpunkt standen die internationale Friedenssicherung,
168 Gewaltverzicht und menschliche Erleichterungen. Willy Brandt im Januar
169 1967: „Es geht um den Ausgleich gegensätzlicher Ziele und Interessen“ mit
170 dem Ziel, die Grundlagen „für eine dauerhafte europäische Friedensordnung“
171 zu schaffen. „Die Probleme Europas wie die Probleme Deutschlands lassen
172 sich nicht in einem Klima des Kalten Krieges regeln. Wir streben deshalb
173 eine umfassende Verbesserung unserer Beziehungen zu allen osteuropäischen
174 Staaten an.“

175 ***Gewaltverzicht und Normalisierung der Beziehungen***

176 13. Mit den Ostverträgen wurde die deutsche Zweistaatlichkeit staatsrechtlich,
177 aber nicht völkerrechtlich anerkannt. Die Ostpolitik ermöglichte trotz des
178 Kalten Krieges eine Entspannung der Beziehungen im Kalten Krieg. Der
179 Moskauer Vertrag war im August 1970 die erste Station der neuen Ostpolitik
180 der sozialliberalen Regierungen. Es begann eine Entwicklung, die in Europa
181 tiefgreifende Verbesserungen möglich machte. Der Warschauer Vertrag
182 erkannte die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze an. Das
183 Viermächte-Abkommen über Berlin von 1971 sicherte den freien Zugang zum

184 Westteil der Stadt. Und der Grundlagenvertrag mit der DDR vom Dezember
185 1972 strebte „gutnachbarschaftliche Beziehungen“ an, später flankiert von
186 einem Transitabkommen und Verkehrsvertrag. Der Prager-Vertrag von 1973
187 über die Nichtigkeit des Münchner Abkommens war der letzte in der Reihe
188 der Ostverträge. Es wurden auch zur Voraussetzung für die zweite Phase der
189 Entspannungspolitik.

190 **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)**

191 14. Im August 1975 erhielt der Entspannungsprozess mit der Konferenz für
192 Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki einen
193 europäischen Rahmen. In der Zeit der Spaltung Europas durch tiefgehende
194 ideologische Konflikte, der Systemkonkurrenz und einer einmaligen
195 militärischen Konfrontation verständigten sich die Staats- und
196 Regierungschefs von 35 Staaten, darunter die UdSSR, USA und Kanada, auf
197 die Regeln des künftigen Zusammenlebens. Das bedeutete die Einbettung der
198 deutschen Sicherheit in die europäische. Das war ein großer Schritt hin zu
199 einem friedlichen Europa. Erstmals einigten sich West und Ost auf
200 gemeinsame Prinzipien und Ziele ihrer Innen- und Außenpolitik. Die
201 Schlussakte von Helsinki war nicht die Besiegelung der Teilung Europas
202 und Deutschlands, sondern der Ausgangspunkt für einen friedlichen
203 Veränderungsprozess in ganz Europa. Die Bürgerrechtsbewegungen verfügten
204 nun über eine Berufungsgrundlage für ihre Ziele. Die „Macht der
205 Machtlosen“, wie Vaclav Havel es beschrieb, wurde gestärkt.

206 15. Die Mitgliedsstaaten der aus der KSZE hervorgegangenen OSZE waren sich
207 bewusst, dass eine Abrüstungs- und Entspannungspolitik notwendig, aber sie
208 vor neue Anstrengungen stellte. Das galt für den Nichtverbreitungsvertrag
209 von Atomwaffen mit der Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung, für START II
210 und für den ABM-Vertrag. Der Einsicht in die Abgründe eines globalen
211 Krieges, der zu einer Selbstvernichtung der Menschheit führen kann,
212 folgten nicht nur Initiativen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung, sondern
213 auch die Erkenntnis, dass Probleme globalen Ausmaßes die Menschheit
214 bedrängen, die ebenfalls nur gemeinsam gelöst werden können: Hunger,
215 Klimakrise, Bevölkerungsentwicklung, Ressourcenverknappung.

216 16. Das sind heute, wahrscheinlich mehr denn je Grundfragen für die Zukunft
217 der Menschheit. Mehr noch: Es ist die essentielle Frage, ob die Menschheit
218 angesichts der sozialen und ökologischen Bedrohungen, die die Grenzen
219 jedes Staates überschreiten, überhaupt eine Zukunft hat. Die Welt braucht
220 Zusammenarbeit und Verständigung, um die globalen Gefahren zu bewältigen.
221 Deshalb kam es in den 1980er Jahren auf Anregung von Willy Brandt zur
222 Einsetzung von drei Unabhängigen Kommissionen bei den Vereinten Nationen,
223 die aufzeigen sollten, wie in zentralen Menschheits- und Zukunftsfragen
224 eine friedliche Weltinnenpolitik aussehen kann und was für sie notwendig
225

ist.

226 ***Gemeinsame Interessen, gemeinsame Sicherheit, gemeinsame Zukunft***

227 17. Der Geist der KSZE prägte in den 1980er Jahren die Berichte der drei
228 unabhängigen UN-Kommissionen:

- 229 • 1980 wurde der Nord-Süd-Bericht „Das Überleben sichern. Gemeinsame
230 Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer“ unter der Leitung von
231 Willy Brandt vorgelegt, der den Zusammenhang von Aufrüstung und Armut
232 aufzeigte und eine neue Weltwirtschaftsordnung für eine friedliche Welt
233 forderte.
- 234 • 1982 folgte der Report „Gemeinsame Sicherheit“, der unter der Leitung des
235 schwedischen Regierungschefs Olof Palme erstellt wurde und dessen
236 Kernsatz hieß: „Beide Seiten müssen Sicherheit erlangen, nicht vor dem
237 Gegner, sondern gemeinsam mit ihm“.
- 238 • 1987 kam schließlich der Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ hinzu, der
239 von der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland
240 verantwortet wurde. Er brachte die Leitidee der Nachhaltigkeit für die
241 Verbindung von Umwelt und Entwicklung auf die Agenda der internationalen
242 Politik.

243 Diese drei Berichte müssen als Einheit verstanden werden. Sie waren weit in die
244 Zukunft gerichtet und sind auch heute nicht überholt, im Gegenteil. Der
245 Schlüsselbegriff der Berichte heißt „Gemeinsamkeit“. Die Berichte wurden in der
246 Verantwortung von drei europäischen Sozialdemokrat:innen erarbeitet. Sie bilden
247 noch immer eine zentrale Grundlage für eine Weltinnenpolitik und eine friedliche
248 Welt. Es gibt keinen Grund, diese großen Ideen zu relativieren.

249 18. Die drei Reports führten nicht zuletzt zum Erdgipfel von 1992 in Rio de
250 Janeiro, auf dem die Agenda 21, Nachhaltigkeit und das UN-
251 Klimarahmenabkommen beschlossen wurden. Es war der erste UN-Gipfel, der
252 sich auch mit den Fragen des Klimaschutzes beschäftigte und die Forderung
253 erhob, die Konzentration der Treibhausgase schnell und umfänglich zu
254 senken. Doch bis heute klafft eine gefährliche Lücke zwischen den Vorgaben
255 und der Realität. Große Teile der Welt sind abgehängt, die Militärausgaben
256 haben im letzten Jahr eine Rekordhöhe erreicht, die CO2-Emissionen haben
257 sich seit der Rio-Konferenz verdoppelt.

258 19. Gemeinsam Probleme zu lösen setzt voraus, Vertrauen sowohl durch
259 Kooperation zwischen den Staaten als auch den Zivilgesellschaften zu
260 schaffen. Doch nach Rio verlor die Weltinnenpolitik für mehr soziale

261 Gerechtigkeit, ökologische Verträglichkeit und ein friedliches
262 Zusammenleben an Bedeutung. Das Ende der zweigeteilten Welt hat die
263 Bereitschaft gemindert, sich auf Verständigung und Zusammenarbeit
264 einzulassen. Zudem breitete sich ein neuer und alter Nationalismus aus,
265 in Ost und West.

266 **Das „gemeinsame Haus Europa“**

267 20. Dabei waren in den 1980er Jahren die Chancen für eine Friedenspolitik
268 größer denn je. Mitte des Jahrzehnts war offenkundig geworden, dass es in
269 der UdSSR zu großen Veränderungen kommen könnte, nicht zuletzt angestoßen
270 durch die deutsche Ost- und Entspannungspolitik. Besonders hervorzuheben
271 ist dabei die Rolle des neuen Generalsekretärs der KPdSU Michail
272 Gorbatschow.

273 Gorbatschow war von der Idee der Gemeinsamen Sicherheit angetan. Er suchte den
274 engen Kontakt zu Egon Bahr. Gorbatschow war überzeugt von Perestroika und
275 Glasnost, von Kooperation statt Konfrontation. Tatsächlich wollte er und sein
276 Außenminister Eduard Schewardnadse, dass die OSZE für die europäische Sicherheit
277 eine zentrale Rolle einnimmt. Mit der Absage an Konfrontation und Hochrüstung
278 sollte eine neue Kultur des Zusammenlebens im Gemeinsamen Haus Europa geschaffen
279 werden.

280 21. Brandt gefiel das Bild vom „Gemeinsamen Haus Europa“. Es sei an der Zeit,
281 in kontinentalen Zusammenhängen zu denken. Über das Zusammenleben im
282 europäischen Haus, um dessen Verfügungsgewalt sich die beiden Weltmächte
283 in der zweigeteilten Welt massiv gestritten haben, müssten nun die
284 Menschen bestimmen, „die darin wohnen, darin aufgewachsen und auch davon
285 abhängig sind“.

286 Der langjährige deutsche Außenminister Hans Dietrich Genscher stellte im Jahr
287 2000 vor der OSZE-Konferenz fest: „Die Antwort auf die Herausforderungen der
288 Globalisierung muss heißen: gesamteuropäische Verantwortungspolitik und globale
289 Kooperation, nicht Rückfall in die nationalistischen Irrwege des 19. und der
290 ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.“ Und er mahnte: „Die Geschichte pflegt ihre
291 Angebote nicht zu wiederholen und die Chancen, die sie uns bietet, bestehen
292 nicht ewig.“

293 **Die Bedeutung der Friedens- und Entspannungspolitik**

294 22. Dieser Rückblick ist wichtig für das, was heute geschieht. Wenn von einer
295 „Zeitenwende“ gesprochen wird, die allein am Ukraine-Krieg festgemacht
296 wird, ist das zumindest verkürzt. Auch die Vorgeschichte der europäischen
297 Friedens- und Entspannungspolitik muss gesehen werden, an der
298

299 Sozialdemokrat:innen an vorderster Stelle beteiligt waren. Ebenso müssen
300 die Versäumnisse und Fehler beachtet werden, die in den letzten
Jahrzehnten gemacht wurden.

301 23. Ohne die Friedens- und Entspannungspolitik wäre es nicht möglich geworden,
302 dass die Menschen in der früheren DDR letztlich die Kraft zu ihren
303 Montagsdemonstrationen gefunden haben. Ohne sie wäre es nicht zu ersten
304 Schritten in der Abrüstung und Rüstungskontrolle gekommen. Ohne sie wäre
305 nicht die Hoffnung auf ein geeintes Europa gewachsen. Wir haben nicht
306 vergessen, dass die Politik der sozialliberalen Koalition auf den massiven
307 Widerstand der damaligen Opposition gestoßen ist.

308 ***Verpasste Chancen einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur***

309 24. Nach dem historischen Jahr 1989 wurden die großen Chancen für eine
310 europäische Sicherheitsarchitektur nicht oder nur unzureichend genutzt
311 wurden. Bei den Versäumnissen dürfen wir nicht verdrängen, dass es zur
312 deutschen Einheit gekommen ist, ohne dass der heiße Krieg zurückkam. Die
313 russische Armee ist ohne Zeitverzögerung aus Deutschland abgezogen.
314 Michail Gorbatschows Politik der ausgestreckten Hand ermöglichte das Ende
315 der zweigeteilten Welt. Die Chancen waren da, auch weit darüber hinaus zu
316 einer neuen gesamteuropäischen Verständigung zu kommen. Nicht durch eine
317 Abkehr von der Friedens- und Entspannungspolitik, sondern durch ihre
318 Weiterentwicklung.

319 25. Die Voraussetzungen für eine weitergehende Zeitenwende waren in den 1990er
320 Jahren da, aber sie wurden zu wenig genutzt. Dazu gehörte insbesondere die
321 Charta von Paris für ein neues Haus Europa, deren Visionen nicht
322 eingelöst, wahrscheinlich aber von den USA auch nicht gewollt wurden.
323 Heute müssen wir die Ziele und Prinzipien der Friedens- und
324 Entspannungspolitik wieder aufnehmen und weiterentwickeln. Ein Zurück in
325 einen neuen kalten Krieg darf es nicht geben. Willy Brandt vertrat für die
326 2. Phase der Entspannungspolitik die Idee einer „Europäisierung Europas“,
327 also einer Politik für den gesamten Kontinent. Das bedeutete nicht die
328 Aufgabe des Westbündnisses, wohl aber eine größere Eigenständigkeit
329 Europas, worin auch ein Weg zur endgültigen Überwindung der
330 Blockideologie gesehen wurde.

331 26. Es gab keine große Linie mehr für eine gesamteuropäische Identität und
332 eine Politik der europäischen Selbstbehauptung in der globalen Welt. Der
333 Westen hatte den Systemkonflikt „gewonnen“, aber eine neue
334 Sicherheitsarchitektur gab es nicht. Es überwogen Misstrauen, Angst und
335 Abgrenzung. Obwohl russisches Gas und Öl willkommen waren, kam es nicht
336 zu mehr Verständigung und Kooperation mit dem in den 1990er Jahren schwer
337 angeschlagenen Russland. In den USA wurde Russland, das größte und

338 ressourcenreichste Land der Erde nur noch als „Regionalmacht“
339 runtergestuft. Gorbatschow äußerte sich mehrfach enttäuscht, dass die
340 Versprechen von Helmut Kohl, Hans Dietrich Genscher und James Baker, die
341 mit Zustimmung des britischen und französischen Außenministers an Moskau
342 insbesondere hinsichtlich der NATO-Osterweiterungen gemacht wurden, nicht
343 eingehalten wurden.

344 27. Aber auch die Idee einer Weltinnenpolitik wurde auf die Tagesordnung
345 gesetzt. Die Vorgabe des Erdgipfels von 1992 für mehr Klimaschutz wurde
346 nicht verfolgt. Der Kyoto-Prozesses wurde zu einem unverantwortlichen
347 Gefeiische um wirtschaftliche Wachstumsinteressen auf der jährlichen
348 Conference of Parties (COP). Zwar hatten Bundestag und Bundesregierung
349 1990 das weltweit erste Reduktionsszenario mit deutlich weitergehenden
350 Zielen als die Kyoto-Vorgaben für die klimaschädlichen Treibhausgase
351 beschlossen, aber die Umsetzung blieb mangelhaft. Das Konzept wurde
352 schnell wieder aufgegeben.

353 **III. DER UKRAINE-KRIEG**

354 „Krieg hat keine Grenzen in sich.“

355 Carl von Clausewitz

356 ***Zerstörtes Vertrauen statt gemeinsamer Sicherheit***

357 28. Die Konflikte, die sich schrecklicherweise zum völkerrechtswidrigen
358 Ukraine-Krieg geführt haben, entstanden über eine längere Zeit. Zu den
359 Ursachen gehören historische Belastungen, nationale Konflikte und
360 internationales Dominanzstreben. In der sich nach 1990 neuformierenden
361 Weltordnung spielten anfangs auch ökonomische Ungleichheiten und die
362 politischen Fehler der Amtszeit von Boris Jelzin eine erhebliche Rolle,
363 der kein Konzept für Reformen in der UdSSR, bzw. Russland und den GUS-
364 Staaten hatte, sondern einen „kalten Kapitalismus“ verordnete, sowie das
365 schleichende Ende der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik. Wladimir
366 Putin wollte dennoch nach seiner Wahl im Jahr 2000 anfangs den Bau des
367 „Gemeinsamen Hauses Europas“ fortsetzen und setzte dabei insbesondere auf
368 Deutschland. Im letzten Jahrzehnt veränderte er seine Politik grundlegend.
369 Er schaltete auf einen zunehmend nationalistischen Kurs um, der an alte
370 panslawistische Traditionen des Zarenreichs anknüpfte.

371 29. Moskau sah seine Sicherheitsinteressen bedroht durch die fünf NATO-
372 Osterweiterungen bis an die Türschwelle Russlands, bei denen auch
373 bestehende Verträge, wie der KSE-Vertrag (Vertrag über konventionelle
374 Streitkräfte in Europa), nicht eingehalten wurden. 2008 setzte US-
375

376 Präsident George W. Bush in Bukarest das Erweiterungsangebot der NATO an
377 die Ukraine, Moldau und Georgien gegen die Bedenken der deutschen
378 Bundeskanzlerin und des französischen Staatschefs und selbst eigener
379 amerikanischer Sicherheitsberaterin durch. 2014 eskalierte der Konflikt in
380 der Ukraine. Nach dem auf Druck Moskaus von der ukrainischen Regierung
381 blockierten EU-Assoziierungsabkommen kam es zu den ersten Protesten im
382 Dezember 2013 auf dem Kiewer Maidan-Platz, die im darauffolgenden Jahr
383 eskalierten. Die daraufhin ausgehandelten Minsker Verträge wurden nicht
384 eingehalten, so dass es nicht zu einer Befriedung im Land kam. Im
385 Gegenteil: Im Donbas kam es mit massiver russischer Unterstützung zum
386 Bürgerkrieg. Die Halbinsel Krim wurde von Russland annektiert. Die USA
lieferten der Ukraine seit 2014 Waffen in einem erheblichen Umfang.

387 30. Die Chancen für eine kooperative europäische Sicherheitsarchitektur wurden
388 nicht genutzt. Mühsam aufgebautes Vertrauen wieder zerstört. Der INF-
389 Vertrag über das Verbot landgestützter Raketensysteme zwischen 500 und
390 5.500 Kilometer-Reichweite wurde aufgekündigt, Rüstungskontrolle findet
391 derzeit kaum noch statt, Abrüstung schon garnicht.

392 ***Verstärkte Aufrüstung: militärisch-basierte Außenpolitik***

393 Die weltweiten Militärausgaben befinden sich heute mit deutlich über 2,2
394 Billionen US-Dollar auf dem höchsten Stand aller Zeiten. Die USA und Russland
395 verfügen über 92 Prozent der Atomwaffen weltweit, Russland über 6.225, von denen
396 rund 1.600 einsatzbereit sind. In der Rangliste der Militärausgaben entfallen
397 fast 75 Prozent der weltweiten Ausgaben auf die ersten zehn Länder. Deutschland
398 steht auf Platz sieben. Mit dem 100-Mrd.-Sondervermögen und einer Erhöhung der
399 Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des BIP wäre sogar ein Aufstieg auf Platz vier
400 zu erwarten. Deutschland wäre dann das Land mit den höchsten Militärausgaben in
401 Europa.

402 32. Die Spirale der Aufrüstung darf nicht unaufhörlich nach oben gedreht
403 werden. Es hat nichts mit Entspannungspolitik zu tun, „den Gegner
404 kaputtzurüsten“ oder ihn auf ähnliche Weise in die Knie zu zwingen. Es ist
405 eine zivilisatorische Errungenschaft, Auseinandersetzungen zwischen
406 unterschiedlichen Ordnungen und Systemen sowie die Frage, wer und was sich
407 als besser und überlegen erweist, im geschichtlichen Prozess auf nicht-
408 kriegerische Weise auszutragen. Konkurrenz gerade in der gefährlichsten
409 und verheerendsten Weise auszutragen, ist und bleibt falsch.

410 Wir müssen aufs Neue zu den Prinzipien und Zielen einer Politik der Entspannung
411 und der friedlichen Konfliktlösung kommen. Dazu gibt es im Atomzeitalter und
412 angesichts globaler Herausforderungen keine Alternative. Wir brauchen die Idee
413 eines Friedens in Gesamteuropa. Der Krieg in der Ukraine ist nicht zu
414 rechtfertigen. Dennoch müssen wir über ihn hinausblicken, um Frieden zu

415 schaffen. Andernfalls kommt es entweder zu einem schrecklichen Stellungskrieg
416 in der Ukraine oder die NATO wird immer stärker in diesen Krieg hineingezogen.
417 Der Krieg droht dann völlig unberechenbar zu werden.

418 ***NATO:Konzept 2030 – hin zu einer globalen Armee?***

419 33. Die Hinwendung zu konfrontativer, im Wesentlichen militärisch-basierter
420 Außenpolitik ist heute global zu spüren. Ein Beispiel dafür ist das
421 Konzept NATO 2030, das im Juli 2022 in Madrid beschlossen wurde und auch
422 eine Erweiterung des NATO-Einsatzgebietes in den pazifischen Raum
423 vorsieht. Die USA suchen nach Partnern in ihrer Konkurrenz zu China –
424 wirtschaftlich wie militärisch. Doch auch hier ist in erster Linie eine
425 Friedens- und Entspannungspolitik notwendig.

426 Die Militärausgaben drohen in den nächsten Jahren – auch in der Folge des
427 Ukraine-Krieges – weiter stark anzusteigen. Die „Modernisierung“ und Ausweitung
428 der Nuklearwaffen mit neuen Trägersystemen schreitet voran. Dazu zählen auch
429 Hyperschallraketen. Zudem können die SMR-Reaktoren dazu führen, verstärkt Mini-
430 Nukes zu bauen, die die Schwelle zum Einsatz von Atomwaffen senken.

431 Die Grenzen zwischen Kriegsführung und Frieden verwischen sich auf vielen
432 Feldern. Hybride Kriegsführung, Terroranschläge, der Einsatz von Söldnern,
433 Cyberkrieg, die Zerstörung kritischer Infrastruktur, Desinformationskampagnen
434 sind zum Standard internationaler Auseinandersetzungen geworden.

435 Besonders die europäische Politik ist gefordert, ein friedliches Gegengewicht zu
436 schaffen. Deutschland kann dabei eine wichtige Rolle einnehmen.

437 **IV. GEMEINSAME ANTWORTEN IN DER ZUSAMMENGEWACHSENEN WELT**

438 „Ohne Frieden ist alles nichts.“

439 Willy Brandt

440 ***Das Wichtigste: Frieden schaffen***

441 34. Das Wichtigste, aber auch das Schwerste im Krieg ist, Frieden schaffen.
442 Sicherheitspolitik ist mehr als eine Verteidigungskraft mit Waffen. Sie
443 muss die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten einbeziehen, um zu
444 Abrüstung und struktureller Nichtangriffsfähigkeit zu kommen. Bei Egon
445 Bahr hieß das: Im Atomzeitalter gibt es keinen Frieden gegen einen
446 Gegner, sondern nur mit ihm. In Europa wird es keine Sicherheit ohne
447 Russland und schon gar nicht gegen Russland geben. Für den Ukraine-Krieg
448 sind Übereinkünfte am Verhandlungstisch das Wichtigste, möglichst unter

449 Beteiligung von OSZE oder UNO und mit Hilfe einflussreicher Moderatoren
450 wie zum Beispiel der B (R) ICS-Staaten Brasilien, Indien, China und
451 Südafrika, die sich auch dazu bereit erklärt haben, oder anderen Staaten
452 aus der Gruppe der G20.

453 35. Die großen globalen Fragen, insbesondere die Klimakrise oder die Sicherung
454 von Rohstoffen, können nur in globaler Kooperation und Zusammenarbeit
455 gelöst werden. Die Reform und Stärkung der UNO gehört auch deshalb auf
456 die Tagesordnung, eine Initiative der EU wäre dafür notwendig und
457 zielführend. Klimaschutz wird ohne große und ressourcenreiche Länder wie
458 Russland und China nicht möglich sein. Ein „the West against the rest“ ist
459 und bleibt falsch. Aus Fehlern der Vergangenheit müssen die richtigen
460 Schlüsse gezogen werden, um derartige Fehler bei der Bewältigung der
461 Herausforderungen, die die gesamte Menschheit betreffen, zu vermeiden.

462 36. Wenn es nicht zu mehr Gemeinsamkeit kommt, drohen schon wegen der
463 Ungleichheit im Zugang zu wirtschaftlichen, technischen und natürlichen
464 Ressourcen der Welt künftig erbitterte Verteilungskämpfe, die zu neuer
465 Gewalt und Kriegen führen können. Sie zu verhindern ist mehr denn je ein
466 Gebot der Vernunft. Deutschland und Europa brauchen eine neue Phase der
467 Friedens- und Entspannungspolitik, eine europäische Partnerschaft für
468 Frieden, Gewaltverzicht und Menschenrechte. Das ist eine wichtige
469 Voraussetzung für eine Weltinnenpolitik. Kann es etwas Wichtigeres geben,
470 als eine Welt des Friedens mitzugestalten? Dafür knüpfen wir an die
471 großen Botschaften der UNO aus den 1980er Jahren an. Gemeinsames
472 Überleben, Gemeinsame Sicherheit, Gemeinsame Zukunft.

473 ***Gemeinsame Sicherheit heute***

474 37. Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht nicht nur darum, Kriege
475 zu begrenzen, sondern, wie Willy Brandt in seiner Rede zur Verleihung des
476 Friedensnobelpreises herausstellte, sie abzuschaffen. Aus den Erfahrungen
477 des letzten Jahrhunderts erwächst uns die Verpflichtung, dass sich die
478 Katastrophen der Weltkrieger nie wiederholen dürfen. Der Ukraine-Krieg ist
479 eine Mahnung, die Entspannungspolitik wieder aufzunehmen. Das Konzept
480 dafür ist die Gemeinsame Sicherheit, welches 2022 das Palme-Institut in
481 einer erweiterten Form vorgelegt hat, um die neuen globalen Bedrohungen
482 einzubeziehen. Die Krisen- und Konfliktprävention muss gestärkt werden. Und
483 es wird keine gemeinsame Sicherheit ohne nukleare und konventionelle
484 Abrüstung, Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzungen und reduzierte
485 Militärausgaben eben. Andernfalls drohen die Militärausgaben die
486 finanziellen Ressourcen aufzufressen, die dringend an anderer Stelle
487 gebraucht werden, auch für eine Politik, die Kriege und gewaltsame
488 Verteilungskämpfe verhindert.

489 ***Eine faire Welt der Gemeinsamkeiten***

490 38. Angesichts der Herausbildung neuer globaler Blöcke müssen wir dafür Sorge
491 tragen, eine komplette Entflechtung oder dauerhafte Beendigung der
492 wirtschaftlichen, technologischen, kulturellen und diplomatischen
493 Beziehungen zu verhindern. Die zusammengewachsene Welt ist auf
494 Gegenseitigkeit angewiesen. Nur faire Verflechtungen zwischen den Staaten
495 und Gesellschaften dieser Erde, die nachhaltig sind und neue Kriege zu
496 verhindern helfen, die für die Menschen verbrecherisch, irrational und
497 selbstzerstörerisch Geißel sind. Die Verflechtungen der Gesellschaften zu
498 fördern und voranzutreiben, entzieht neuen Kriegen die Grundlage. Die
499 Diplomatie muss helfen, laufende Kriege zu beenden oder den Ausbruch neuer
500 Kriege zu verhindern.

501 39. Friedenspolitik muss heute über die Entspannungspolitik der vergangenen
502 Jahrzehnte hinausweisen. Sie baute auf den Erfahrungen zweier Weltkriege
503 und des Kalten Krieges auf. Beide Seiten blieben unter dem Atomschirm der
504 jeweiligen Supermacht. Zugleich herrschte ein strukturelles Misstrauen, so
505 dass sich beide Seiten mit Gegenschlagmaßnahmen darauf vorbereiteten, die
506 im Falle eines Angriffs zu verheerenden Schäden der anderen Seite geführt
507 hätten. Die Friedens- und Entspannungspolitik hat versucht, unter diesen
508 Bedingungen mehr gegenseitiges Vertrauen zu schaffen, zu menschlichen
509 Erleichterungen zu kommen sowie Abrüstung und Rüstungskontrolle zu
510 vereinbaren.

511 40. Der russische Überfall auf die Ukraine und die darin liegende absichtliche
512 Verletzung des Völkerrechts wird nun mitunter Seite als Beleg dafür
513 herangezogen, dass gegenseitige Vereinbarungen zur Entspannung,
514 Friedenswahrung und Abrüstung der Boden entzogen sei. Es ist richtig, den
515 Bruch des Völkerrechts durch Russland zu verurteilen. Daraus sollte nicht
516 der Schluss gezogen werden, hinter die Entspannungspolitik und die
517 Vereinbarungen, die von konservativer Seite nicht gewollt und stets von
518 Misstrauen begleitet wurden, zurückzufallen. Das Gegenteil ist richtig: Es
519 muss uns gelingen, sie zu einer nachhaltigen Weltinnenpolitik der
520 sozialen und ökologischen Gestaltung der Transformation zu erweitern.
521 Dafür geht es auch heute um eine globale Vertrauensbildung für
522 Entspannung und Kooperation, eine Vertiefung der Abrüstung,
523 Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung und eine gemeinsame Sicherheit.

524 Das wird uns nicht gelingen durch schlichtes Beharren auf Vertrauensseligkeit
525 oder der Beteuerung, dass an Verhandlungen kein Weg vorbeiführt. Vielmehr müssen
526 wir einen Zustand der Staaten untereinander schaffen, in dem das Anfangen eines
527 Krieges nicht nur irrational, sondern zu einem selbstschädigenden Unterfangen
528 wird.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich